



Tobias Frank, Lukas Sowa
AIT0B

Die Europäische Union

Inhalt

- Was ist die EU?
- Die Geschichte der EU
- Ziele der EU
- Übersicht über die verschiedenen Institutionen der EU
- EU Osterweiterung
- Die Rechte der Bürger in der EU
- Sonstiges wissenswertes über die EU

Was ist die EU?

Die *Europäische Union* ist ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluss von fünfzehn Staaten

- Belgien
- Dänemark
- Deutschland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Großbritannien
- Irland
- Luxemburg
- die Niederlande
- Österreich
- Portugal
- Schweden
- Spanien

Die EU hat einen sehr großen Tätigkeitsbereich und ist unter vielem andern z.B. für

- Bildung
- Binnenmarkt
- Gesundheitswesen
- Lebensmittelsicherheit
zuständig.

Die Geschichte der EU

1951 *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS)

- Vertrag zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Eisenerz

1957 *Römische Verträge*: Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) und der *Europäischen Atomgemeinschaft* (EURATOM)

- *Die Römischen Verträge* über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden 1957 von den Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich und Italien in Rom unterzeichnet
- Auszug aus Artikel 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft: „Aufgabe der Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen

Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.“

1967 Zusammenschluss von EWG, EGKS und EURATOM zur *Europäischen Gemeinschaft* (EG)

1968 Die EG realisiert die *Zollunion*

- Definition Zollunion: „Eine Zollunion ist ein Zusammenschluss mehrerer Zollgebiete zu einem einheitlichen Zollgebiet. Dabei fallen die Binnenzölle zwischen den Mitgliedstaaten weg. Für die Mitglieder einer Zollunion gelten gegenüber Drittstaaten gemeinsame Außenzölle.“

1973 Dänemark, Großbritannien und Irland treten der EG bei

1981 Beitritt Griechenlands zur EG

1985 Schengener Abkommen über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und zur Einführung des freien Personenverkehrs für die Angehörigen der Unterzeichnerstaaten.

1986 Portugal und Spanien treten zur EG bei.

1992/93 EG wird durch Maastrichter Verträge zur EU

- Der Maastrichter Vertrag ist auch unter der Bezeichnung "Vertrag über die Europäische Union" bekannt. Nach dem Maastrichter Vertrag stützt sich die Europäische Union auf drei Säulen:
 - Die erste und wichtigste Säule ist die Europäische Gemeinschaft, die als juristische Person Unterzeichnerin aller Verträge bleibt. Sie macht aus den fünfzehn Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Binnenmarkt und sorgt für die Weiterentwicklung der politischen Union.
 - Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bildet die zweite Säule der Europäischen Union. Der Maastrichter Vertrag ermöglicht die Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik, die humanitäre und friedenserhaltende Aufgaben sowie Krisenbewältigung einschließen kann.
 - Die dritte Säule der Europäischen Union ist die Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik. Hier verpflichten sich die Regierungen, Fragen der Einwanderungs- und Asylpolitik sowie der Verbrechensbekämpfung gemeinsam anzugehen.

1995 Österreich, Finnland und Schweden treten der EU bei

1999 Die Europäische Zentralbank beginnt Ihre Tätigkeit und ist für die Geldpolitik zuständig.

- Der Euro wird offizielles bargeldloses Zahlungsmittel in der EU (außer in Großbritannien)

2002 Wird der Euro auch offizielles Bargeld in der Union

Übersicht über die verschiedenen Institutionen der EU

Der Europäische Rat

Seit Gründung des *Europäischen Rates* 1974 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zweimal jährlich. Auf diesen "EU-Gipfeln" wird über die Ziele der gemeinsamen Politik entschieden. Die Beschlüsse des Europäischen Rates sind Leitlinien für das wichtigste gesetzgebende Organ, den Rat der Europäischen Union, auch "*Ministerrat*" genannt.

Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Der Ministerrat ist die wichtigste gesetzgebende Gewalt. Hier sind die einzelnen Regierungen durch ihre Fachminister vertreten und beschließen die "*europäischen Gesetze*". Den Vorsitz im Rat führen die Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate.

Die Europäische Kommission

Die *Europäische Kommission* hat ihren Sitz in Brüssel. Sie erarbeitet Vorschläge für europäische Gesetze, legt sie dem Rat vor und wacht über die Anwendung des europäischen Rechts. Die Europäische Kommission besteht aus 20 Mitgliedern, die unabhängig von den nationalen Regierungen handeln.

Das Europäische Parlament

Seit 1979 wird das *Europäische Parlament* von Bürgern der Europäischen Union für 5 Jahre direkt gewählt. Es besteht aus 626 Abgeordneten. Darunter sind 99 Deutsche. Diese Abgeordneten beteiligen sich an der europäischen Gesetzgebung, verabschieden den jährlichen Haushalt der Union und haben Kontrollrechte, gegenüber der Kommission und dem Ministerrat.

Der Europäische Gerichtshof

Der Sitz des *Europäischen Gerichtshofes* ist in Luxemburg. 1958 tritt der Europäische Gerichtshof in Luxemburg an die Stelle des 1953 gegründeten Europäischen Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl seine Arbeit auf. Er sorgt dafür, dass das EU-Recht eingehalten wird. Der Europäische Gerichtshof entscheidet bei Streitigkeiten über die Anwendung und Auslegung der EG/EU-Verträge. Die Mitgliedsstaaten, EU-Organe, aber auch Bürger und Unternehmen können vor dem Gerichtshof klagen. Der Europäische Gerichtshof besteht aus 15 Richtern und 9 Staatsanwälten.

Der Europäische Rechnungshof

Der *Rechnungshof* überprüft als unabhängige Institution die Haushaltsführung der Union.

Die Europäische Zentralbank

Die *Europäische Zentralbank* ist für die Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion zuständig und sorgt für die Stabilität des Euros.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der *Wirtschafts- und Sozialausschuss* ist eine beratende Gemeinschaft, die aus 222 Vertretern der Interessensgruppen wirtschaftlichen und sozialen Lebens gebildet wird.

Ziele der EU

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

- Demokratie
- Friedenserhaltung
- Abrüstung
- Menschenrechte

Europäische Gemeinschaften

- Zollunion u. Binnenmarkt
- Agrarpolitik
- Handelspolitik
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Gesundheitswesen
- Sozialpolitik
- Transeuropäische Netze

Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik

- Asylpolitik
- Einwanderungspolitik
- Kampf gegen Drogen
- Kampf gegen organisiertes Verbrechen
- Zusammenarbeit der Polizei (Europol)

EU Ostererweiterung

13 Länder haben einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt.

- Slowenien (1996)
 - Tschechische Republik (1996)
 - Bulgarien (1995)
 - Litauen (1995)
 - Estland (1995)
 - Lettland (1995)
 - Slowakei (1995)
 - Rumänien (1995)
 - Polen (1994)
 - Ungarn (1994)
 - Malta (1990)
 - Zypern (1990)
 - Türkei (1987)
- (Jahr der Antragsstellung)

Um in die EU aufgenommen zu werden müssen sogenannte ***Kopenhagener Kriterien*** erfüllt werden:

- eine institutionelle Stabilität, für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie der Achtung und den Schutz von Minderheiten
- eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten;

- die Fähigkeit, die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele sich zu eigen machen, wozu auch das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion und einer Politischen Union gehört sowie
- das sogenannte „andere Kopenhagener Kriterium“, die Fähigkeit der EU selber, neue Mitglieder aufnehmen zu können und dabei "die Stoßkraft der europäischen Integration" nicht zu gefährden

Die Rechte der Bürger in der EU

Im Mittelpunkt der europäischen Union stehen die Interessen der europäischen Bürger. Ein wichtiges Anliegen der europäischen Union ist die Einhaltung der Grundrechte, die Freizügigkeit und den freien Verkehr von Kapital.

Artikel 17 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft:

"Es wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht."

Die Unionsbürgerschaft gewährleistet jedem Bürger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union vier Rechte:

- das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten;
- das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie bei Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat;
- das Recht, im Hoheitsgebiet eines Drittlands, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden anderen Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staats in Anspruch zu nehmen;
- das Petitionsrecht sowie das Recht, sich an den europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden.

Sonstiges wissenswertes über die EU

- Musik aus dem letzten Satz der Neunten Symphonie von Ludwig van Beethoven
Bearbeitung: Herbert von Karajan
- Europol
 - Europol ist das europäische exekutive Organ, das in den Mitgliedsstaaten den Terrorismus, Drogenhandel und andere Formen des international organisierten Verbrechens bekämpft und verhindert.

Anhang

Alle Tätigkeitsbereiche der EU

- Außenbeziehungen
- Außen- und Sicherheitspolitik
- Audiovisuelle Medien
- Beschäftigung und Sozialpolitik
- Bildung
- Binnenmarkt
- Chancengleichheit
- Energie
- Entwicklung
- Erweiterung
- Fischerei
- Forschung und Technologie
- Gesundheitswesen
- Handel
- Haushalt
- Humanitäre Hilfe
- Informationsgesellschaft
- Justiz und Inneres
- Kultur
- Landwirtschaft
- Lebensmittelsicherheit
- Regionalpolitik
- Transeuropäische Netze
- Umwelt
- Unternehmen
- Verbraucher
- Verkehr
- Wettbewerb
- Wirtschaft und Währung

Quellenangaben

<http://cojobo.bonn.de/projekte/eu.htm>

<http://europa.eu.int>

<http://meet-europe.org>

<http://www.fifoost.org/EU/geschichte/node4.php>

<http://www.wissen.de>

<http://www.saphir.ch/index/saphir-nachschlagewerke/eugl-z010-d.htm>